

Städtische Deputation für Kultur			
18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011-2015			
Protokoll der 25. Sitzung am 14.04.2015			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 14:49 Uhr	Sitzungsende: 16:36 Uhr	Sitzungsort: Galerie, Hochschule für Künste, Dechanatstraße 13-15, 28195 Bremen

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Tagesordnung:

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Sachstandsbericht Weserburg	Vorlage 147
TOP 4:	Verwendung von Mehreinnahmen City-Tax 2015	Vorlage 148
TOP 5:	Projektmittel 2015, 2. Tranche	Vorlage 149
TOP 6:	Perspektive Freie Szene	Vorlage 150
TOP 7:	Kulturelle Bildung - Campus Neustadt	Vorlage 151
TOP 8:	Verschiedenes	
	mdl. Bericht zum Sachstand Schwankhalle	

Der Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Herr Bürgermeister Böhrnsen, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung

Die Deputation für Kultur nimmt das Protokoll der Sitzung vom 10.03.2015 zur Kenntnis.

TOP 3: Sachstandsbericht Weserburg

Herr Bürgermeister Böhrnsen erinnert daran, dass in der Sitzung der Deputation für Kultur am 09.12.2014 eine Planung für die weiteren Arbeitsschritte besprochen wurde. Er bittet Herrn Dr. Sondergeld um einen Bericht.

Herr Dr. Sondergeld erklärt zunächst in eigener Sache, dass er als Vertreter der Stadt im Stiftungsrat versuche, die Interessen der Stiftung zu vertreten, aber dabei die Belange der Stadt im Blick zu behalten. Er erläutert, dass die finanzielle Situation der Stiftung dank einer mäzenatischen Zuwendung von jährlich 500 T€ in den Jahren 2011 bis 2013 gesichert war. Er habe stets darauf hingewiesen, dass der Betrieb ab 2014 defizitär sein würde. Herr

Dr. Sondergeld betont, dass alle seine Bemühungen dahin gehen, eine Lösung für die Zukunft zu finden, die politisch tragfähig ist und zu einem nachhaltigen Ergebnis führt. In dem Gutachten des Betriebsrates werde festgestellt, dass die Stiftung dem Grunde nach einen Anspruch auf ausreichende Finanzierung hat. Er weist darauf hin, dass dies nie strittig war, sondern nur Klärungsbedarf bezüglich der Höhe der Finanzierung bestehe. Soweit das Gutachten formale Fragen aufwerfe, werde der Stiftungsrat diese einer genauen Prüfung unterziehen.

Herr Dr. Sondergeld erinnert daran, dass die Weserburg seit gut fünf Jahren einen Umzug an einen anderen Standort prüfe. Bis Mai 2013 habe es zwei Varianten gegeben: ein Neubau in der Überseestadt und eine Verkleinerung der Fläche auf dem Teerhof. Beide Varianten hätten den Nachteil gehabt, dass sie die Gesellschaft für Aktuelle Kunst (GAK) und das Studienzentrum für Künstlerpublikationen nicht berücksichtigt haben. Nachdem die Variante Überseestadt weggefallen war, habe er veranlasst, dass die GAK und das Studienzentrum in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. In ihrer Sitzung im Dezember 2014 habe die Deputation für Kultur eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die die Stiftung prüfen sollte. Er betont, dass Herr Prof. Friedel vom Stiftungsrat und nicht von der Kulturbehörde beauftragt wurde. Kernauftrag von Herrn Prof. Friedel sei es gewesen, eine fachliche Empfehlung zur Standortfrage zu geben. Entgegen der erkennbaren Tendenz des Auftraggebers, der Stiftung, habe sich Herr Prof. Friedel für den Teerhof und für eine vollkommene Eigenständigkeit der Weserburg ausgesprochen und vor der Gefahr des Verlustes des Profils in einer zu engen Kooperation mit der Kunsthalle gewarnt. Darin komme die absolute Unabhängigkeit seines Urteils und auch seiner Beratungsleistung zum Ausdruck. Herr Prof. Friedel habe weiterhin empfohlen, die Weserburg möge sich schwerpunktmäßig zu dem bekennen, was heute schon ihre Attraktivität für das Publikum ausmacht: anspruchsvolle Wechselausstellungen. Für das Ausstellungsprogramm empfehle Herr Prof. Friedel eine Konzentration auf die Kunst des 21. Jahrhunderts und auf wichtige Fragen der Gegenwart. Auch diese Position sei vollkommen neu und eigenständig. Außerdem habe Prof. Friedel in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit einer ausreichenden und verlässlichen Finanzierung und einer ausreichenden Personalausstattung betont, damit dieses Konzept funktionieren kann. Herr Sondergeld berichtet, dass er Herrn Prof. Friedel gebeten habe, zu prüfen, inwieweit er Fragen, die die Deputation für Kultur aufgeworfen habe, in seinen Empfehlungen aufgreifen und beantworten kann. Diese Bitte habe er wiederholt, nachdem ihm in einem Gespräch in der Kulturbehörde mitgeteilt wurde, dass der erste Entwurf von Prof. Friedel zu wenig auf die Fragen der Deputation eingehe. Mit dieser erneuten Bitte habe er wie zuvor keinerlei inhaltliche Vorgaben verbunden. Herr Prof. Friedel habe ihm mitgeteilt, dass im Aufgreifen einiger Formulierungen der Kulturbehörde seine Zustimmung zu diesen Positionen zum Ausdruck komme. Herr Dr. Sondergeld betont, die Stellen, an denen Positionen der Kulturbehörde wortwörtlich genutzt wurden, hätten besser gekennzeichnet werden müssen. Dies sei bedauerlich. Aus seiner Sicht gehe es jetzt vor allem darum, ein Gebäude zu konzipieren, das einen Neuanfang ermöglicht und das Zentrum für Künstlerpublikationen besser als in allen bisher vorliegenden Varianten in dem Gebäude unterbringt. Die GAK sei ohnehin nach wie vor berücksichtigt. Wichtig sei auch, eine Dimensionierung für die Weserburg zu finden, mit der das Haus nachhaltig finanzierbar aufgestellt werden könne. Mit der Verkleinerung der durch die Weserburg genutzten Fläche sei die Möglichkeit verbunden, die Betriebskosten deutlich zu senken und trotzdem ein spannendes Angebot zur Gegenwartskunst auf dem Teerhof vorhalten zu können. Der nächste Schritt sei, mit Immobilien Bremen die Prüfung der baulichen Varianten zu beginnen. Der Verbleib der Weserburg auf dem Teerhof bei einer Reduzierung der Flächen wäre ein Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der Weserburg, verbunden mit der Erwartung, dass die Stadt Bremen im Gegenzug eine verlässliche

Finanzierung zusichert. In der Begleitgruppe Weserburg habe Frau Staatsrätin Emigholz bereits Gespräche über die Möglichkeit eines fünfjährigen Kontraktes angekündigt.

Herr Bürgermeister Böhrnsen dankt Herrn Dr. Sondergeld für den Bericht und bittet Frau PD Dr. Greve um eine kulturfachliche Einschätzung.

Frau Dr. Greve erläutert, dass es sich bei dem Gutachten von Herrn Prof. Friedel nicht um einen wissenschaftlichen Text, sondern um eine fachliche Einschätzung handle. Sie werde sich bei ihren Ausführungen daher auf die inhaltlichen Aspekte konzentrieren. Besonders zentral für die zukünftige Weichenstellung sei die Diagnose, dass die einstige Idee des Sammlermuseums sich überlebt habe. Spannend sei auch, dass ein Aspekt, der in der vorherigen Deputationsvorlage nur als These formuliert wurde, nun durch Prof. Friedel bestätigt wurde, nämlich dass das Konzept von Herrn Frieze zu jungen Sammlungen ein interessanter Baustein ist, der allerdings in einem größeren Rahmen zu verorten und weiterzuführen wäre. Eine weitere wichtige Erkenntnis sei, dass das Museum Weserburg sich zu einem Ausstellungsforum mit junger Kunst zu Gegenwartsfragen weiterentwickeln sollte. Als Museumsreferentin habe sie sich schon länger mit der Einordnung der Weserburg im deutschlandweiten Kontext beschäftigt. Nach ihrer Einschätzung hatte die Idee, 1989 ein Sammlermuseum zu gründen, die Intention, auch für die Stadt eine Sammlung aufzubauen. Dies sei allerdings nicht umgesetzt worden. Man habe damals nicht wissen können, dass moderne Kunst inzwischen für private Sammler als Kapitalanlage diene. Öffentliche Häuser müssten aus diesem Grund mit privaten Sammlern zusammenarbeiten. Zugleich würden Privatismuseen mit eigenem Personal gegründet. Es stelle sich daher die Frage, was der öffentliche Auftrag in diesem Bereich sein kann. Die Kulturbehörde müsse überlegen, welche Aspekte von Gegenwartskunst wichtig für die Gesellschaft seien. Herr Prof. Friedel habe bestätigt, dass aus dem Problem des Fehlens einer eigenen Sammlung auch eine Tugend gemacht werden könnte, weil man auf Fragen der Gegenwart flexibel reagieren kann. Er habe ausgeführt, dass die Weserburg ein Ort werden könnte, der im Zusammenspiel des neuen Konzeptes – als Ausstellungsforum mit junger Kunst zu Gegenwartsfragen – mit einer eigens dafür entwickelten Raumarchitektur – die die Besucher/innen-Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts berücksichtige – etwas Neues wäre, das es bisher in Deutschland noch nicht gibt. Für die Weserburg gehe es darum, Thesen zu formulieren zu den großen Themen wie z. B. Migration, um damit zu einer Plattform für Diskussionen in der Gesellschaft zu werden. Die Neue Weserburg wäre in diesem Sinne als mittleres Haus einzuordnen, vergleichbar dem Neuen Museum Nürnberg, der Kunsthalle in Emden oder dem MARTa in Herford. Diesen Häusern vergleichbar, müsste die Weserburg ein eigenes Profil entwickeln. Dies könnte die Präsentation von junger Kunst zu wichtigen Fragen der Gegenwart sein. Eine solche „Laborfunktion“ in Bezug auf Kunst könnte Bremen gut zu Gesicht stehen. Frau Dr. Greve erklärt, dass sie zur Profilschärfung aus rein fachlicher Sicht auch empfehlen würde, die Ausstellungsfläche zu reduzieren. Bei einer Konzentration der Ausstellung könne die Idee des Thesenhaften noch deutlicher präsentiert werden. Auch die von ihr genannten Häuser in Nürnberg, Emden oder Herford würden mit einer Fläche von unter 2.000 m² arbeiten. Ein Vorteil der neuen Flexibilität wäre aus ihrer Sicht auch die neu zu initiiierende Vernetzung mit dem Studienzentrums für Künstlerpublikationen, der GAK, dem Künstlerhaus und der Städtischen Galerie, um im Verbund dieser einzelnen Akteure spannende Themen anzubieten. Frau Dr. Greve stellt zusammenfassend fest, dass es aus Sicht der Kulturbehörde darum gehe, welche Rolle Gegenwartskunst heute spiele und was Gegenwartskunst leisten kann und welche Thesen mittels Kunst in die Gesellschaft hineingetragen werden können. Diese inhaltlichen Aspekte seien aus ihrer Sicht unabhängig von der Größe der Ausstellungsfläche oder der finanziellen Ausstattung. Nach ihrer Einschätzung wäre es – auch vor dem Hintergrund des

Vergleichs mit anderen Häusern in Deutschland – der richtige Weg, jetzt einen Schnitt zu machen und die neue Ausrichtung der Weserburg voranzubringen.

Herr Frey betont, dass die Überlegungen zur Neuausrichtung ein Schritt in die richtige Richtung seien. Positiv sei, dass der Aspekt der Vernetzung mit der GAK und dem Studienzentrums für Künstlerpublikationen ausdrücklich mit in den Blick genommen wurden. Er erklärt, dass das Papier von Prof. Friedel eine gute Grundlage für die Entscheidung über die Zukunft der Weserburg sei.

Herr Bürgermeister Böhrnsen erklärt in Bezug auf die vorliegenden Gutachten, dass Bremen selbstverständlich den Verpflichtungen, die sich aus der Stiftungsurkunde ergeben, nachkommen werde. In diesem Zusammenhang stehe auch das Angebot der Kulturbehörde, einen Kontrakt über mehrere Jahre mit der Weserburg abzuschließen. Herr Bürgermeister Böhrnsen erläutert, dass in der Vorlage vorgeschlagen werde, ausgehend vom inhaltlichen Konzept die verschiedenen Varianten zu prüfen. Er erklärt, dass nach seiner Meinung die Prioritätensetzung von Herrn Prof. Friedel für den Standort Teerhof übernommen werden sollte. Er bittet die Deputation für Kultur um ein Votum für den Verbleib der Weserburg am Teerhof unter dem Vorbehalt der Bestätigung der finanziellen Realisierbarkeit durch Immobilien Bremen.

Herr Rohmeyer erläutert, dass er am 12. April einen Fragenkatalog an die Kulturbehörde gerichtet habe, der zu dieser Sitzung auch beantwortet wurde. Er weist darauf hin, dass die Deputierten der CDU das Kulturressort seit längerem um ein Konzept zur Gegenwartskunst in Bremen gebeten haben. Er erklärt, dass die Ausführungen von Frau Dr. Greve eine gute Grundlage für die Beratung darstellen würden und bittet darum, die Ausführungen auch schriftlich zu erhalten. Herr Rohmeyer erinnert daran, dass im Herbst 2013 in der Deputation vereinbart wurde, dass es bis zum Sommer 2014 ein inhaltliches Konzept zur Gegenwartskunst und bis zum Winter 2014 eine Klärung der Standortfrage geben sollte. Dies sei von der Kulturbehörde nicht eingehalten worden. Er erwarte, dass die Kulturbehörde die Deputation darüber informiert, wie sie die Szene für Gegenwartskunst in Bremen für die nächsten Jahre aufgestellt sieht und der Deputation für Kultur die Möglichkeit gebe, politische Setzungen in diesem Bereich vorzunehmen. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass die von Herrn Bürgermeister Böhrnsen soeben formulierte Prioritätensetzung von dem Beschlussvorschlag der Vorlage abweicht.

Herr Werner dankt Frau Dr. Greve für ihre Ausführungen. Er erklärt, dass die von der Weserburg vorgelegten Zukunftsoptionen aus Sicht der Deputierten der Grünen noch kein Konzept darstellen, weil hier unter anderem die inhaltlichen Aspekte noch nicht ausreichend dargestellt seien. Aus diesem Grund würden sie sich dagegen aussprechen, sich in dieser Sitzung auf einen Standort festzulegen. Stattdessen würden sie dem in der Vorlage formulierten Beschlussvorschlag, der vorsieht, die verschiedenen Varianten zu prüfen, zustimmen. Herr Werner erklärt, dass die Grünen von der Stiftung Weserburg erwarten, dass schnellstmöglich die Stelle der künstlerischen Leitung ausgeschrieben wird. Er führt weiter aus, dass die Grünen von der Kulturbehörde erwarten, dass diese prüft, inwieweit die Strukturen der Stiftung geeignet sind, um ein solches Museum zu betreiben und inwieweit sie geeignet sind, um ein Betriebskonzept und ein künstlerisches Konzept zu erarbeiten. Er fragt, ob in den verschiedenen Gutachten und Untersuchungen eine Potenzialanalyse hinsichtlich der Besuchererwartungen enthalten sei. Vor dem Hintergrund des Antrags der Linken für die Stadtbürgerschaft fragt er, ob es generelle Aussagen über das Verhältnis zwischen Zuschuss und Publikumszuspruch gebe.

Herr Erlanson stellt fest, dass mit der heutigen Vorlage für die Deputation die Entscheidung über das Museum Weserburg auf die Haushaltsaufstellung 2016/2017 verschoben wurde. Er weist darauf hin, dass viele Menschen das Gefühl hätten, dass die Weserburg

schon abgewickelt worden wäre, wenn sich kein Widerstand entwickelt hätte. Das Verhalten der Kulturbehörde in diesem Zusammenhang sehe er sehr kritisch. Herr Erlanson betont, dass in Zeiten der knappen Mittel der Widerspruch zwischen Kultur und Finanzierung immer deutlicher werde. Es sei bedauerlich, dass der Stiftungsratsvorsitzende sich nicht dafür einsetze, dass es zunächst um die Kultur und erst dann um die Finanzierung geht. Aus Sicht der Linken sei dieses Verhalten nicht vereinbar mit dem Auftrag aus der Stiftungssatzung. Sie würden daher eine Neubesetzung des gesamten Stiftungsrates für erforderlich halten. Herr Erlanson macht deutlich, dass die Linken sich vollumfänglich dem Gutachten des Betriebsrates anschließen. Des Weiteren hätte die Direktorenstelle längst ausgeschrieben werden müssen. Er weist darauf hin, dass die Linke einen Antrag in der Stadtbürgerschaft gestellt habe. Darin werde unter anderem gefordert, sachliche und personelle Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro jährlich für das Neue Museum Weserburg sicherzustellen. Bei der Antragstellung sei davon ausgegangen worden, dass dies der Zuwendungshöhe bis zur Kürzung im Doppelhaushalt 2014/2015 entspricht. Sollte der ursprüngliche Zuwendungsbetrag höher gewesen sein, würde ein Änderungsantrag eingebracht. In Bezug auf die heutige Sitzung der Deputation erklärt Herr Erlanson, dass er die erneute Verschiebung der Entscheidung nicht billige und daher den Punkten 2 und 3 des Beschlussvorschlages nicht zustimme.

Frau Garling entgegnet, dass es nicht möglich sei, Kulturthemen ohne deren Finanzierung zu behandeln. Es müsse darum gehen, so viel Kunst und Kultur wie möglich zu schaffen unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen. Frau Garling nimmt Bezug zu der Äußerung von Herrn Erlanson, die Weserburg wäre schon abgewickelt worden, wenn sich kein Widerstand entwickelt hätte, und betont, dass die Prüfung alternativer Standorte deutlich machen würde, dass die Weserburg zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen sei. Sie erklärt, dass die aus dem Gutachten von Herrn Prof. Friedel entwickelten Optionen absolut richtig seien. Es sei gut, dass eine Begleitgruppe eingerichtet wurde, die sich inhaltlich-fachlich mit der weiteren Entwicklung der Weserburg beschäftigt. Sie bringt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es in den letzten Jahren einen Prozess gegeben hat, den sie streckenweise als sehr destruktiv empfunden habe. Ihrer Ansicht nach wäre es wünschenswert, wenn die Beteiligten einer Interessensgruppe sich konstruktiv verhalten. Frau Garling erklärt, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlages aus Sicht der Deputierten der SPD in „Die Deputation für Kultur nimmt die vom Stiftungsrat vorgelegten Zukunftsoptionen für die Weserburg – Museum für Moderne Kunst – und dessen kulturfachliche Bewertung zur Kenntnis.“ geändert werden sollte. Die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages sollten aus Sicht der SPD unverändert bleiben.

Frau Dr. Kappert-Gonther nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Dr. Greve zu der Rolle der Weserburg bei der Beantwortung von gesellschaftlichen Fragen und erklärt, dass es eine Bereicherung für die Stadt wäre, wenn sich die Weserburg in diese Fragen einbringen könnte. Sie bittet darum, dass auch das Kindermuseum bei der weiteren Diskussion nicht außer Acht gelassen wird.

Frau Staatsrätin Emigholz entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Erlanson, dass die ursprünglichen Überlegungen zur Weserburg nie damit verbunden waren, die Weserburg abzuwickeln, sondern sie neu zu positionieren. Wer über einen Neubau nachdenke, habe sicher nicht die Intention, die Einrichtung abzuwickeln. In Bezug auf die Verlässlichkeit der Mittel weist Frau Staatsrätin Emigholz darauf hin, dass die ursprüngliche Vereinbarung bei der Reduzierung der Mittel war, dass im Zuge der baulichen Maßnahmen das Programm für einen Übergangszeitraum heruntergefahren werden sollte. Dabei sei aber der Anspruch auf die vorherige Fördersumme ohnehin anerkannt worden. Sie macht deutlich, dass nicht in Frage gestellt wurde, dass die Weserburg eine auskömmliche Finanzierung benötigt. Frau Staatsrätin Emigholz erklärt, für das weitere Vorgehen sei es wichtig, dass

die Begleitgruppe durch Mitglieder des Betriebsrates der Weserburg und die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen erweitert wird. In Bezug auf die Position des Kulturressorts zur Bildenden Kunst in Bremen erläutert sie, dass die Förderung der Bildenden Kunst im originären Sinne in erster Linie im Referat für Bildende Kunst liege. Dessen Leiterin, Frau Pfister, habe in der Deputation eine Gesamtschau der Förderstrategien vorgestellt. Eine weitere Ebene sei die Arbeit der Ausstellungshäuser bzw. Museen. Daher schlage sie vor, dass die Kernfragen dieser Entwicklung in die Begleitgruppe eingebracht werden. Dabei müsse aber beachtet werden, dass die Kulturbehörde nur Empfehlungen geben kann.

Herr Erlanson erklärt, dass er den Änderungsvorschlag der SPD zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages falsch finde. Mit dem Beschlussvorschlag sei eine elementare Reduzierung der Ausstellungsfläche und damit die Gefährdung der Weserburg als Sammlermuseum verbunden.

Herr Rohmeyer bittet darum, dass die verschiedenen Ausführungen der Kulturbehörde zu einem Gesamtkonzept zur Bildenden Kunst in Bremen zusammengefasst werden. Er fragt, ob die Gefahr besteht, dass aufgrund der Verzögerungen bei der Entscheidung die für den Bau vorgesehenen Mittel durch laufende Ausgaben so dezimiert werden, dass am Ende nicht mehr genügend Mittel vorhanden sind. Herr Rohmeyer bittet um Klärung, welcher Beschluss gefasst werden soll.

Herr Werner erklärt, dass die Grünen die von der SPD vorgeschlagene Änderung des Beschlussvorschlages zu Punkt 1 mittragen. Aus Sicht der Grünen sollten die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages unverändert bleiben, um bei der weiteren Prüfung der Varianten beurteilen zu können, welche Auswirkungen diese für die anderen beteiligten Einrichtungen haben.

Herr Rohmeyer stellt fest, dass die von Herrn Bürgermeister Böhrnsen angeregte Änderung des Beschlussvorschlages, nämlich die Prioritätensetzung zugunsten des Teerhofes, von den Deputierten der SPD und den Grünen nicht aufgegriffen werde.

Herr Bürgermeister Böhrnsen betont, dass mit dem ersten Punkt des Beschlussvorschlages auch die Prioritätensetzung von Herrn Prof. Friedel zur Kenntnis genommen wird. Er bittet Herrn Dr. Sondergeld um Erläuterung zu den noch offenen Fragen.

Herr Dr. Sondergeld erklärt, dass nach seiner Einschätzung der Umstrukturierungsfonds bei den derzeitigen laufenden Kosten noch für das Jahr 2016 ausreicht, also in 2017 gebaut werden müsse. In Bezug auf die Frage von Herrn Werner erläutert Herr Dr. Sondergeld, dass es schwierig sei, einen Zusammenhang von Zuschuss bzw. kulturfachlichem Aufwand und Besucherzahlen herzustellen. Es bestehe eher ein Zusammenhang zwischen der Art der Ausstellung und den Besucherzahlen.

Die Deputation für Kultur nimmt - unter Ablehnung der Deputierten der CDU und der Linken - die vom Stiftungsrat vorgelegten Zukunftsoptionen für die Weserburg - Museum für Moderne Kunst und dessen kulturfachliche Bewertung zur Kenntnis.

Die Deputation für Kultur bittet – bei Enthaltung der Deputierten der CDU und Ablehnung der Linken - den Senator für Kultur, die vom Stiftungsrat in diesem Zusammenhang eingereichten baulichen Varianten zu dem vorliegenden Inhaltskonzept im Detail nach Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit durch Immobilien Bremen prüfen und einen Kosten- und Bedarfsvergleich aufstellen zu lassen.

Die Deputation für Kultur bittet – bei Enthaltung der Deputierten der CDU und Ablehnung der Linken - den Senator für Kultur, die Ergebnisse dieser Prüfung und die damit verbundenen Grundsatzentscheidungen für die Haushaltsberatungen 2016/17 aufzubereiten.

TOP 4: Verwendung von Mehreinnahmen City-Tax 2015

Herr Bürgermeister Böhrnsen erläutert, dass es zu diesem TOP eine ausführliche Vorlage gibt, in der dargestellt wird, wie die Mehreinnahmen für die City-Tax verwendet werden sollen.

Herr Rohmeyer erklärt, dass er an der Beratung und Beschlussfassung über diesen TOP nicht teilnimmt, weil er Mitglied des Vorstands der Wilhelm Wagenfeld Stiftung ist.

Die Deputation für Kultur stimmt unter Enthaltung der Deputierten der CDU dem Verwendungsvorschlag für Mehreinnahmen aus der Citytax im Jahr 2014 in Höhe von 218 TEUR zu und bittet den Senator für Kultur um Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17. April 2015.

Die Deputation für Kultur ist - bei Enthaltung der Deputierten der CDU - damit einverstanden, dass die im 3. Quartal 2015 erwarteten Mehreinnahmen aus der Citytax im Jahr 2015 in Höhe von 441 TEUR, maximal in Höhe der tatsächlich eingegangenen Mehreinnahmen, für die o.g. Maßnahmen eingesetzt werden. Die Deputation bittet den Senator für Kultur, der Senatorin für Finanzen nach Eingang der Mehreinnahmen die erforderlichen Anträge zur haushaltsmäßigen Umsetzung zwecks Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

TOP 5: Projektmittel 2015, 2. Tranche

Herr Bürgermeister Böhrnsen erläutert, dass in der Vorlage dargestellt wird, wie die Projektmittel verwendet werden sollen.

Herr Werner weist darauf hin, dass es dieses Mal zwei Vorlagen gibt, in denen es um die Vergabe von Projektmitteln geht, weil die Projekte, die aus Citytax gefördert werden, in der vorherigen Vorlage aufgeführt sind.

Die Deputation für Kultur beschließt - bei Enthaltung der Deputierten der CDU und Ablehnung der Linken - Projektförderungen entsprechend der Anlage.

TOP 6: Perspektive Freie Szene

Herr Bürgermeister Böhrnsen erläutert, dass mit der Vorlage eine Fortschreibung und Aktualisierung des Berichtes aus 2013 verbunden ist.

Frau Garling erklärt, dass sie die Vorlage ausdrücklich begrüßt, weil sie die Situation der freien Szene ausführlich beleuchtet.

Herr Werner erklärt, dass die Vorlage aus Sicht der Grünen eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung der Förderung der freien Szene darstellt. Für die Grünen sei wichtig, dass es haushaltsmäßig und konzeptionell eine Trennung von institutioneller Förderung und Projektförderung gibt. Er betont, dass die in der Vorlage genannte Einbeziehung von Jurys für die Vergabe der Förderungen ein richtiger Gedanke sei. Herr Werner fordert, dass die Dynamisierung der institutionellen Förderung nicht zu Lasten der Projektförderung gehen dürfe.

Die Deputation für Kultur nimmt die Vorlage zur freien Kulturszene zur Kenntnis.

Der Senator für Kultur wird gebeten, die einzelnen Themen für die Beratungen des Haushalts 2016/17 aufzubereiten.

TOP 7: Kulturelle Bildung – Campus Neustadt

Herr Bürgermeister Böhrnsen erläutert, dass auf Bitten der Deputation erneut zu diesem Thema berichtet werde.

Frau Grobien erklärt, dass die CDU die beschriebene Kooperation begrüße.

Herr Werner betont, dass es wichtig sei, dass die beteiligten Einrichtungen das Konzept noch weiter entwickeln. Aus seiner Sicht sollten über den Leibnizplatz hinaus die Bereiche Huckelriede und Woltmershausen einbezogen werden. Des Weiteren sollten Einrichtungen wie das Modernes und Projekte wie Kukoon, Karton oder „Peng!“ berücksichtigt werden.

Frau Garling erklärt, sie hoffe, dass mit dem Campus-Projekt eine dichte und nachhaltige Vernetzung im Stadtteil gelingt.

Herr Bürgermeister Böhrnsen bittet Frau Heitmann um einen kurzen Bericht.

Frau Heitmann erläutert, dass die bisherige Zusammenarbeit von Bremer Shakespeare Company, Oberschule am Leibnizplatz und Hochschule Bremen intensiviert werden soll. Zu diesem Zweck sei das Netzwerk vis-à-vis gegründet worden. In dem Netzwerk seien nicht nur die geförderten Einrichtungen, sondern auch die Projekte Kukoon und „Peng!“ vertreten. In der Zusammenarbeit mit der Hochschule liege die Chance, dass es auch eine wissenschaftliche Begleitung gebe.

Frau Prof. Luckey ergänzt, dass das Netzwerk als gemeinsamer Kultur-, Lern- und Arbeitsraum verstanden werden sollte.

Frau Dr. Kappert-Gonther erklärt, dass sie begrüße, dass beabsichtigt ist, das Netzwerk für eine Vielzahl von Projekten zu öffnen. Sie ermuntert die Beteiligten, das Projekt weiter zu entwickeln.

Die Deputation für Kultur nimmt das Konzept „Campus Neustadt“ zur Kenntnis und bittet die Initiatoren, ihre Überlegungen inhaltlich und unter finanziellen Gesichtspunkten zu konkretisieren.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Bürgermeister Böhrnsen erläutert, dass es eine Berichtsbitte von Herrn Rohmeyer zum Thema Schwankhalle gibt und bittet Herrn Frey um einen Bericht.

Herr Frey berichtet, dass verschiedene Gespräche stattgefunden haben, um für ein Gelingen des Neuanfangs in der Schwankhalle das Miteinander von steptext dance projekt und Neugier e.V. zu ordnen. Nunmehr sei man zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen, bei der folgende Punkte geklärt wurden: Neugier und steptext sind kulturelle Einrichtungen, die künstlerisch eigenständig agieren und jeweils eine institutionelle Förderung des Kulturressorts erhalten. Die Basis von steptext soll auch künftig in der Schwankhalle verbleiben. Neugier und steptext streben einen langfristigen, auch vom Senator für Kultur getragenen Nutzungsvertrag an. Der Nutzungsumfang von Neugier in der Schwankhalle wird mit 70 % festgelegt und der Nutzungsumfang von steptext mit 20 %. Die restlichen 10 % werden gemeinsam von Neugier und steptext gestaltet, wobei die lokale freie Tanzszene im Fokus stehen soll. steptext wird künftig auch Produktionen an anderen Orten realisieren. U.a. gibt es Gespräche mit dem Intendanten des Bremer Theaters. Wegen der bekannten Raumprobleme sollen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Herr Frey erläutert, dass Frau Staatsrätin Emigholz als Hilfe zur Beseitigung der Raumprobleme eine zusätzliche, einmalige Unterstützung für 2015 von bis zu 20.000 Euro angeboten habe. Es

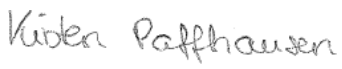
sei festgehalten worden, dass das Jahr 2015 in der künstlerischen Planung ein Sonderfall ist, da die neue Leitung eine längere Sommerpause benötigt und für den Aufschlag im September mehr Raum beanspruchen wird. Da für die Programmvorhaben nach der Eröffnung noch Fördermittel von überregionalen Einrichtungen ungewiss sind, würden ggf. zusätzliche Mittel von bis zu 10.000 Euro bereitgestellt. Im Gespräch mit den Einrichtungen habe das Kulturressort noch einmal betont, dass die Basis für beide Einrichtungen der aktuelle Haushalt, der Zuwendungsrahmenvertrag und die Zielvereinbarungen seien.

Herr Rohmeyer bittet darum, dass die Ausführungen von Herrn Frey den Deputierten schriftlich zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bürgermeister Böhrnsen sagt zu, dass der entsprechende Vermerk als Anlage dem Protokoll beigelegt wird.

Die Deputation für Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Herr Bürgermeister Böhrnsen beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.

i.V.			
Vorsitzender		Sprecher	Protokollführerin

Anlage:

Vermerk zum Sachstand Schwankhalle

Anlage zum Protokoll der Deputation für
Kultur am 14.04.2015 (städtisch)

Senator für Kultur		Referat 10
Gabriele Nogalski / 10	☎ 6570	08.04.2015

Depu am 14.04.2015 Sprechzettel zum Thema Mediationsprozess Husemann/steptext

an SVK mit der Bitte um Kenntnisnahme
über 1 i.V.

Sachstand/ Ergebnis	Mit Pirkko Husemann hat der Verein Neugier e.V. eine Künstlerische Leitung für die Schwankhalle nominiert, die einen Schwerpunkt im Tanzbereich hat. Für ein Gelingen des Neuanfangs in der Schwankhalle waren daher Gespräche mit step-text dance project zu führen, um das Miteinander im Haus am Buntentorsteinweg zu ordnen. Nach verschiedenen Gesprächen ist man nunmehr zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen. Zwischen Frau Husemann und Herrn Letonja wurden folgende Punkte geklärt: 1. Neugier und steptext sind kulturelle Einrichtungen, die künstlerisch eigenständig agieren und jeweils mit einer institutionellen Förderung des Senators für Kultur ausgestattet sind. Die Basis von steptext soll auch künftig in der Schwankhalle verbleiben. Neugier und steptext streben einen langfristigen, auch vom Senator für Kultur getragenen Nutzungsvertrag an. 2. Der Nutzungsumfang von Neugier in der Schwankhalle wird mit 70 % festgelegt und von steptext mit 20 %. 10 % werden gemeinsam von Neugier und steptext veranstaltet, wobei die lokale freie Tanzszene im Fokus stehen soll. steptext wird Produktionen künftig auch an anderen Orten realisieren. U.a. gibt es Gespräch mit dem Intendanten des Bremer Theaters. 3. Wegen der bekannten Raumprobleme (Probephöhne, Büro, Lager) sollen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Hierbei geht es u.a. um eine zusätzliche Probephöhne in der Nähe des Leibnizplatzes, um den Umbau der Gästewohnung im Gebäude der Städtischen Galerie für zusätzlichen Büroraum und um die Anmietung von Lagerräumen in unmittelbarer Nachbarschaft. Staatsrätin Emigholz hat als Hilfe zur Beseitigung der Raumprobleme eine zusätzliche, einmalige Unterstützung für 2015 i.H.v. bis zu 20 T€ angeboten. Es wurde festgehalten, dass das Jahr 2015 in der künstlerischen Planung ein Sonderfall ist, da die neue Leitung eine längere Sommerpause benötigt und für den Aufschlag im September mehr Raum beanspruchen wird. Da für die Programmvorhaben nach der Eröffnung noch Fördermittel von überregionalen Einrichtungen ungewiss sind, werden ggf. zusätzliche Mittel i.H.v. bis zu 10.000 € bereitgestellt. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal betont, dass die Basis für beide Einrichtungen der aktuelle Haushalt, der Zuwendungsrahmenvertrag und die Zielvereinbarungen seien.
--------------------------------	---

Teilnehmerliste

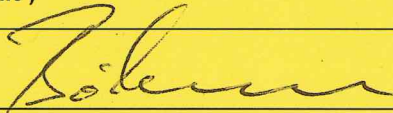
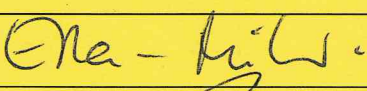
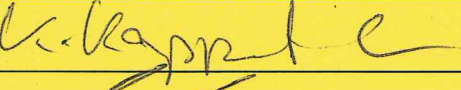
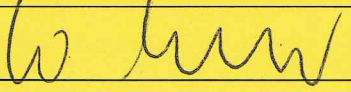
Städtische Deputation für Kultur

18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Ort:
Galerie
Hochschule für Künste

am:
14. April 2015

von: 14:49 bis: 16:36

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von - bis **)
Senator Jens Böhrnsen		
Staatsrätin Carmen Emigholz		
Hela Bahr		
Susan Ella-Mittrenga		
Peter Erlanson		
Karin Garling		
Aydin Gürlevik		
Luisa-Katharina Häslar		
Dr. Kirsten Kappert-Gonther		
Martin Michalik		
Claas Rohmeyer		
Ingelore Rosenkötter		
Sükrü Senkal		
Carsten Werner		

*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.
**) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.

Deputation für Kultur (städtisch)

Anwesenheitsliste
Sitzung am 14.04.2015

18. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Frey	Kirsten Paffhausen	Gabriele Nogalski
H. Stalder	Dr. Anna Greve	Tobias Fink
Dr. Ullrich	Dr. Andreas Machoben	
C. Wundt	Rose Pfister	

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name
Stiftung Neues Museum Weserburg	Herr Dr. Sanderfeld
bremer shakespeare company	Frau Heilmann
Hochschule Bremen	Prof. Dr. Luckey